

NOMOS EINFÜHRUNG

apl. Prof. Dr. Andreas Dietz
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Augsburg
Universität Augsburg

Ausländer- und Asylrecht

Einführung

5. Auflage



Nomos

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Grafische Darstellungen und Schemata	19
Wichtige Texte und Quellen	20
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	21
Literaturverzeichnis	24
<hr/>	
1. Teil Die Bedeutung des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland	
§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	28
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	31
<hr/>	
2. Teil Die Grundlinien des Ausländerrechts in Deutschland	
§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes	37
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	41
§ 5 Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	104
§ 6 Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	144
§ 7 Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	165
<hr/>	
3. Teil Die Grundlinien des Asylrechts in Deutschland	
§ 8 Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	171
§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	176
§ 10 Das formelle Asylverfahren	229
§ 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	279
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	285
Stichwortverzeichnis	287



Inhalt

Vorwort	5
Grafische Darstellungen und Schemata	19
Wichtige Texte und Quellen	20
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	21
Literaturverzeichnis	24

1. Teil Die Bedeutung des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	28
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	31
I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts	31
II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts	32
III. Der Regelungsbereich des Asylrechts	34

2. Teil Die Grundlinien des Ausländerrechts in Deutschland

§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes	37
I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes	38
II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	38
1. Der sachliche Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	38
2. Der personelle Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	39
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	41
I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	41
1. Die Rechtsnatur von Visum und Aufenthaltserlaubnis	41
2. Die Arten von Visum und Aufenthaltserlaubnis	41
a) Der räumliche Geltungsbereich von nationalem Visum und Schengen-Visum	42
b) Die zeitliche Geltungsdauer von Visum und Aufenthaltserlaubnis	42
c) Die Beschränkung von Visum und Aufenthaltserlaubnis durch Nebenbestimmungen	43
d) Die europarechtlichen Sonderformen der Aufenthaltserlaubnis	43
II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis	44
1. Die Voraussetzung eines gesicherten Lebensunterhalts	44
2. Die Voraussetzungen der geklärten Identität und des Passbesitzes	44
3. Der Ausschluss einer Erteilung wegen eines Ausweisungs- oder sonst entgegenstehenden öffentlichen Interesses	45
4. Die Einreise mit dem erforderlichen Visum	45

III. Die Aufenthaltsw Zwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis	48
1. Der Aufenthaltsw Zweck der Aus- und Fortbildung	48
a) Der Aufenthalt zur beruflichen Aus- und Weiterbildung nach § 16a AufenthG	48
b) Der Aufenthalt zum Studium nach § 16b und § 16c AufenthG	49
aa) Die studienbezogenen Beschränkungen	50
bb) Die arbeitsmarktbezogenen Beschränkungen	50
c) Der Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nach § 16d AufenthG	51
d) Die Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung für ausreisepflichtige Ausländer nach § 16g AufenthG	53
e) Die Aufenthaltserlaubnis zur Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes nach § 17 AufenthG	58
2. Der Aufenthaltsw Zweck zur Erwerbstätigkeit nach §§ 18 ff. AufenthG	59
a) Die Aufenthaltserlaubnis zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 18, § 18a und § 18b AufenthG	60
b) Die Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte und ihre Ehegatten nach § 18c AufenthG	61
c) Die Aufenthaltserlaubnis für sonstige Beschäftigungszwecke nach § 19c AufenthG	62
d) Die Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 19d AufenthG	62
e) Die Aufenthaltserlaubnis zur Erwerbstätigkeitssuche für Fachkräfte nach § 20 AufenthG	63
f) Die Chancenkarte für potentielle Fachkräfte nach § 20a und § 20b AufenthG	63
g) Die Blaue Karte EU nach § 18g AufenthG und die ICT-Karten nach § 19 ff. AufenthG	66
h) Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Forscher nach § 18d AufenthG	69
i) Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit nach § 21 AufenthG	70
3. Der völkerrechtliche, humanitäre oder politische Aufenthaltsw Zweck	71
a) Die humanitäre Aufnahme von Ausländern nach § 22, § 23 und § 24 AufenthG	71
b) Die Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen nach § 23a AufenthG	73
c) Die ausländerrechtliche Umsetzung asylrechtlicher Entscheidungen und besonderer Härtefälle nach § 25 AufenthG	73
aa) Die Aufenthaltserlaubnis für Asyl- und international Schutzberechtigte	74
bb) Die Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbots	75
cc) Die Aufenthaltserlaubnis bei besonderen Interessenlagen und für Opfer von Straftaten	75
dd) Die Aufenthaltserlaubnis für geduldete Ausländer	76

d)	Die Altfallregelungen nach § 25a, § 25b und § 104a AufenthG	77
e)	Die Chancen-Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG	78
4.	Der Aufenthaltswitzweck des Ehegatten- und Familiennachzugs	80
a)	Die Begriffe von Ehe und Familie in § 27 AufenthG	81
b)	Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Deutschen nach § 28 AufenthG	82
c)	Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Ausländern nach § 29 AufenthG	83
d)	Der Ehegattennachzug zu Ausländern nach § 30 und § 31 AufenthG	84
e)	Der Kindesnachzug zu Ausländern nach §§ 32 ff. AufenthG	85
f)	Der Nachzug sonstiger ausländischer Familienangehöriger nach § 36 und § 36a AufenthG	85
IV.	Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	88
1.	Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden	88
a)	Die sachliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden	88
b)	Die örtliche und instanzielle Zuständigkeit der Ausländerbehörden	90
2.	Die Besonderheiten des ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahrens	90
a)	Das Antragerfordernis	90
b)	Die behördliche Amtsermittlungspflicht und die persönliche Mitwirkungspflicht	91
c)	Die Anhörung des Ausländers	92
3.	Die Form der Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	93
V.	Der Rechtsschutz im Visum- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren	93
1.	Die Besonderheiten der Verpflichtungsklage zur Durchsetzung eines Visum- oder Aufenthaltserlaubnisanspruchs	94
a)	Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	94
b)	Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	95
c)	Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	96
d)	Der Klageantrag dieser Verpflichtungsklage	97
e)	Der Eilrechtsschutz zur Durchsetzung eines Visum- oder Aufenthaltserlaubnisanspruchs	98
2.	Die Anfechtungsklage gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	98
a)	Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	98
b)	Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	99
c)	Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	99
d)	Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	99
e)	Der Eilrechtsschutz gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	99
VI.	Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	100
1.	Der Integrationskurs nach § 43 AufenthG	100
2.	Die Berechtigung und die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs nach § 44 und § 44a AufenthG	101

VII.	Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet	101
1.	Die Verpflichtung zur Passbeschaffung nach § 48 Abs. 3 AufenthG	102
a)	Das Problem des fehlenden Passes	102
b)	Die Verpflichtung zur Passbeschaffung	102
2.	Die Verpflichtung zur Identitätsklärung nach § 49 AufenthG	103
§ 5	Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	104
I.	Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG	104
II.	Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG	104
1.	Das Erlöschen in Folge einer Nebenbestimmung nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AufenthG	104
2.	Das Erlöschen in Folge einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ausweisung nach § 51 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 oder Nr. 5 AufenthG	105
3.	Das Erlöschen in Folge einer Ausreise nach § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG	106
4.	Die Erledigung aus anderen Gründen	106
5.	Die Form der Erlöschensbewirkung	107
6.	Der Rechtsschutz gegen ein Erlöschen	107
a)	Die Zulässigkeit dieser Feststellungsklage	107
b)	Die Begründetheit dieser Feststellungsklage	108
c)	Das Kostenrisiko dieser Feststellungsklage	108
d)	Der Eilrechtsschutz gegen eine Erlöschensfeststellung	108
III.	Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG	108
1.	Die Ausweisung als sicherheitsrechtliche Präventivmaßnahme	108
2.	Das System der Ausweisung	109
3.	Die Ausweisungsregelung des § 53 AufenthG	109
a)	Der Ausweisungsanlass nach § 53 Abs. 1 AufenthG	110
b)	Die Abwägung nach § 53 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG	111
c)	Die Einschränkungen der Ausweisung nach § 53 Abs. 3 und Abs. 4 AufenthG	113
d)	Die gerichtliche Überprüfung der behördlichen Ausweisungsentscheidung	114
4.	Das öffentliche Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG	115
a)	Die besonders schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 1 AufenthG	115
b)	Die schwer wiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 2 AufenthG	115
5.	Das private Verbleibeinteresse des Ausländers nach § 55 AufenthG	116
a)	Die besonders schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 1 AufenthG	117
b)	Die schwer wiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 2 AufenthG	118
IV.	Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG	118
V.	Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG	119
1.	Die Zurückschiebung nach § 57 AufenthG	119
2.	Die Abschiebung nach § 58 AufenthG	120
a)	Die allgemeinen Abschiebungsvoraussetzungen des § 58 AufenthG	121
aa)	Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach § 58 Abs. 2 AufenthG	122

bb)	Die Überwachung der Ausreise nach § 58 Abs. 3 AufenthG	124
b)	Die Abschiebungsbeschränkungen des § 58 Abs. 1a und Abs. 1b AufenthG	124
3.	Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	125
4.	Die Abschiebungsandrohung nach § 59 AufenthG	126
5.	Die Abschiebungsverbote und Abschiebungshindernisse nach § 60 AufenthG	127
a)	Die Arten von Abschiebungshindernissen	127
b)	Die Regelung von Abschiebungsverboten in § 60 AufenthG	130
6.	Die Duldung nach § 60a AufenthG	130
a)	Die Funktion der Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	130
b)	Die allgemeine Duldung nach § 60a AufenthG	131
c)	Die Duldung für Personen mit ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG	132
d)	Die frühere Ausbildungsuldung nach § 60c AufenthG a.F.	133
e)	Die Beschäftigungsduldung nach § 60d AufenthG	133
f)	Die Bewährungsduldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	135
g)	Die weiteren Folgen einer Duldung nach § 61 AufenthG	135
h)	Die Abschiebungshaft nach § 62 und § 62a AufenthG	136
i)	Der Ausreisegewahrsam nach § 62b AufenthG	137
VI.	Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG	138
1.	Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 bis Abs. 6 AufenthG	138
2.	Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 7 AufenthG	140
VII.	Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	141
1.	Die Anfechtungsklage gegen Ausweisung und Ausreiseaufforderung	141
a)	Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	141
b)	Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	142
c)	Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	142
d)	Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	142
2.	Die Verpflichtungsklage auf nachträgliche Verkürzung des Einreise- und Aufenthaltsverbots	142
a)	Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	143
b)	Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	143
c)	Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	143
3.	Der Eilrechtsschutz gegen den Sofortvollzug der Ausweisung	143
§ 6	Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	144
I.	Die Rechtsstellung von Unionsbürgern, ihren Familienangehörigen und nahestehenden Personen	144
1.	Die Freizügigkeit von Unionsbürgern	146
a)	Die materielle Freizügigkeit	146
b)	Die formellen Regelungen für die Freizügigkeit	147
2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen von Unionsbürgern	147
a)	Die materielle Rechtsstellung der Familienangehörigen	148
b)	Die formellen Regelungen für Familienangehörige	148
c)	Der Ehegatten- und Familiennachzug in „Rückkehrerfällen“ und „Einbürgerungsfällen“	149

d) Der Ehegatten- und Familiennachzug in „Trennungsfällen“	151
3. Die Rechtsstellung nahestehender Personen von Unionsbürgern nach § 3a FreizügG/EU	153
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern, Familienangehörigen und nahestehenden Personen	156
1. Die Feststellung des Nichtbestehens des Einreise- und Aufenthaltsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	156
2. Die Feststellung des Verlusts des Einreise- und Aufenthaltsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	158
3. Die Anfechtungsklage gegen die unionsrechtliche Feststellung des Freizügigkeitsverlusts des Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	159
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	159
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	160
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	160
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	160
4. Die Überprüfung des Einreise- und Aufenthaltsrechts nahestehender Personen	160
III. Die Rechtsstellung britischer Staatsangehöriger vor und nach dem „Brexit“	161
1. Die Rechtsstellung bisher freizügigkeitsberechtigter Briten („Alt-Briten“)	162
2. Die Rechtsstellung der Familienangehörigen bisher freizügigkeitsberechtigter Briten („Alt-Briten“)	164
3. Die Rechtsstellung neu ins Unionsgebiet einreisender Briten („Neu-Briten“) und ihrer Familienangehörigen	164
§ 7 Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	165
I. Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	165
1. Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers nach Art. 6 ARB 1/80	166
2. Die Rechtsstellung der Familienangehörigen nach Art. 7 ARB 1/80	167
3. Die Besonderheiten des „Stand Still“ nach Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 ZP	168
II. Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	170
1. Die Besonderheiten einer Ausweisung Assoziationsberechtigter	170
2. Der Verlust des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts durch Erlöschen	170
3. Teil Die Grundlinien des Asylrechts in Deutschland	
<hr/>	
§ 8 Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	171
I. Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	171
II. Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	174

§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	176
I. Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	176
1. Der Schutzbereich des Grundrechts auf Asyl	176
a) Die geschichtliche Dimension des Asyls	176
b) Der Anspruch auf Asylanerkennung	178
2. Der Begriff des politisch Verfolgten	179
a) Die von Verfolgung bedrohten Rechtsgüter	179
b) Die zurechenbare Verfolgungshandlung	180
c) Das Politische einer Verfolgung	181
d) Der Begriff des Verfolgers	181
e) Der Zeitpunkt der Verfolgung – die Vor- oder Nachfluchtgründe	182
f) Der Ort der Verfolgung – die innerstaatliche Fluchtalternative	183
g) Die Einzel- oder Gruppenverfolgung	183
h) Die prozessuale Durchsetzung des Asylgrundrechts	183
3. Die Schranken des Asylgrundrechts nach Art. 16a Abs. 2 und Abs. 3 GG	184
a) Das Konzept der normativen Vergewisserung	184
b) Die sicheren Drittstaaten nach Art. 16a Abs. 2 GG i.V.m. § 26a AsylG	184
aa) Die tatsächlichen Grenzen der Drittstaatenregelung	185
bb) Der Sonderfall der Einreise auf unbekanntem Weg	186
cc) Die Antragsablehnung nach § 26a Abs. 1 Satz 1 AsylG	187
c) Die sicheren Herkunftsstaaten nach Art. 16a Abs. 3 GG	187
4. Die Rechtsfolgen der Asylanerkennung	188
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	190
1. Der Begriff des Flüchtlings	190
2. Die Elemente einer flüchtlingsrelevanten Verfolgung	190
a) Der Begriff der Verfolgung	191
b) Die Verfolgungsgründe und die Verfolgungsintensität	191
c) Der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit der Verfolgung	192
d) Die Besonderheiten der Gruppenverfolgung	193
e) Der Begriff des Verfolgers	194
f) Der Ort der Verfolgung	194
3. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	195
4. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	195
III. Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	196
1. Die Gefahr eines ernsthaften Schadens	196
2. Der Schutz vor einer Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe	196
3. Der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	197
a) Die Formen einer geächteten Misshandlung	197
b) Die Zielgerichtetheit und die Zurechenbarkeit einer Misshandlung	198
4. Der Schutz vor Gefahren für Leib oder Leben im bewaffneten Konflikt	201
a) Die Begriffe des internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts	201
b) Die erhöhte allgemeine oder individuelle Gefahrenlage für Zivilisten	202
c) Die Gefährdung durch „willkürliche Gewalt“	203

5.	Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung subsidiären Schutzes	204
6.	Die Rechtsfolgen der Zuerkennung subsidiären Schutzes	204
IV.	Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	205
1.	Der Schutz vor sonstigen Verletzungen der EMRK nach § 60 Abs. 5 AufenthG	205
2.	Der Schutz vor sonstigen erheblichen Gefahren nach § 60 Abs. 7 AufenthG	206
a)	Die zur Extremgefahr gesteigerte generelle Gefahrenlage	207
b)	Die zur Extremgefahr gesteigerte individuelle Gefahr	208
3.	Die prozessuale Durchsetzung der Feststellung von Abschiebungsverboten	209
4.	Die Rechtsfolgen der Feststellung von Abschiebungsverboten	209
V.	Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	210
1.	Die vollständige Antragsablehnung	210
a)	Die Zulässigkeit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	211
b)	Die Begründetheit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	212
c)	Das Kostenrisiko der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	214
d)	Der Klageantrag der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	214
e)	Das Rechtsmittel und der Eilrechtsschutz	214
2.	Die Ablehnung als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet	215
3.	Die teilweise Antragsablehnung	218
VI.	Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	219
1.	Das Erlöschen der Schutzberechtigung nach § 72 AsylG	219
2.	Die Rücknahme oder der Widerruf der Schutzberechtigung nach § 73 ff. AsylG	220
a)	Der Widerruf der Asylberechtigung oder internationalen Schutzes	221
b)	Die Rücknahme der Asylberechtigung oder internationalen Schutzes	222
c)	Der Widerruf und die Rücknahme der Feststellung von Abschiebungsverboten	222
d)	Das Widerrufs- und Rücknahmeverfahren	223
e)	Die Widerrufs- oder Rücknahmeentscheidung des BAMF	224
3.	Der Asylfolgeantrag nach § 71 AsylG	225
§ 10 Das formelle Asylverfahren		229
I.	Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	229
1.	Die Einreise auf dem Land- oder Luftweg	229
a)	Der verfahrensabhängige Aufenthalt	230
b)	Die Einreise auf dem Landweg	231
c)	Die Einreise auf dem Luftweg	233

2.	Der Aufenthalt während des Asylverfahrens	234
a)	Die Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung	235
b)	Die Änderung der räumlichen Zuweisung durch Umverteilung	236
c)	Die räumliche Beschränkung während des Asylverfahrens	237
3.	Der Lebensunterhalt während des Asylverfahrens	238
a)	Das general-präventive Erwerbstätigkeitsverbot für Asylbewerber	238
b)	Die Leistungen nach dem AsylbLG	239
II.	Der Ablauf des Asylverfahrens	242
1.	Die Vorprüfung der Zuständigkeit Deutschlands im Dublin-III-Verfahren	243
a)	Die Funktionsprinzipien des Dublin-III-Systems	243
b)	Der Rechtsschutz gegen eine Überstellungsentscheidung	249
c)	Die Funktionsgrenzen des Dublin-III-Systems	251
d)	Die innerstaatliche Zuständigkeit des BAMF	252
2.	Die sachliche Prüfung des Asylantrags im Asylverfahren	252
a)	Die Identitätsprüfung nach §§ 15 f. AsylG	253
b)	Die Antragstellung nach § 23 AsylG	256
c)	Die Anhörung nach § 25 AsylG	257
d)	Die Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG und die BÜMA nach § 63a Abs. 1 AsylG	259
3.	Die Sonderregelungen für besonders Schutzbedürftige	260
a)	Die besondere Problematik von Eheleuten und Familien	260
b)	Die Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger nach § 12 AsylG	260
c)	Die Wahrung der Familieneinheit nach § 14a AsylG	262
d)	Das Familienasyl und der Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	262
e)	Die Rechtsstellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	264
aa)	Das Phänomen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	264
bb)	Die Sondersituation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge	265
cc)	Die amtliche Altersfeststellung bei Zweifeln an der Minderjährigkeit	266
III.	Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	267
1.	Die Abweichungen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	267
a)	Die verkürzte Klagefrist nach § 74 Abs. 1 AsylG	267
b)	Der einheitliche entscheidungserhebliche Zeitpunkt nach § 77 Abs. 1 AsylG	267
c)	Der weitgehende Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in § 75 AsylG	268
d)	Der erweiterte Einsatz von Einzelrichtern nach § 76 Abs. 1 AsylG	269
2.	Die Beschränkungen der Rechtsmittel im Asylrecht	269
a)	Der Ausschluss der Berufung nach § 78 Abs. 1 AsylG	270
b)	Die Berufung und die Rechts- und Tatsachenrevision nach § 78 AsylG	270
c)	Der Ausschluss der Beschwerde nach § 80 AsylG	272
3.	Das Beschleunigungsinstrument der Betreibensaufforderung nach § 81 AsylG	273

4. Der Ablauf eines asylrechtlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	273
a) Die Vorbereitung	274
b) Die mündliche Verhandlung	276
c) Die Nacharbeit	277
§ 11 Die Perspektiven des deutschen und europäischen Asylsystems	279
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	285
Stichwortverzeichnis	287

Grafische Darstellungen und Schemata

Ausländer- und Asylrecht im Vergleich	nach § 2 Rn. 1
Der Status von Ausländern im Überblick	nach § 2 Rn. 11
Voraussetzungen einer Ausweisung	nach § 5 Rn. 23
Voraussetzungen einer Abschiebung	nach § 5 Rn. 48
Unionsbürger, drittstaatsangehörige Familienangehörige und nahestehende Personen im Freizügigkeitsgesetz	nach § 6 Rn. 2
Entscheidungsmöglichkeiten des BAMF	nach § 9 Rn. 4
Arbeitsmarktzugang und Lebensunterhalt im und nach dem Asylverfahren	nach § 10 Rn. 33
Ablauf eines Asylverfahrens	nach § 10 Rn. 34